

Kritik von links an der Abwanderungsprämie - Golze fordert "unkonventionelle" Ideen

JÜTERBOG "Es kann nicht sein, dass ganze Regionen zugunsten einer Metropolregion um Berlin abgeschrieben werden." Mit diesem Einwurf bringt sich die Linke-Bundestagsabgeordnete Diana Golze in die Diskussion über Abwanderungsprämien ein. In einer Pressemitteilung der Abgeordneten aus dem Wahlkreis 60, zu dem Jüterbog und Niedergörsdorf zählen, wird vor allem der Aufschrei über die Studie innerhalb der brandenburgischen SPD kritisiert.

"Die Abwanderungsprämie ist die Fortsetzung der, kontrollierten Verwilderung', die die SPD im Mai dieses Jahres vorgeschlagen hatte", so Golze weiter, "die gegenwärtige Landespolitik tut alles, um den Bevölkerungsschwund in den Regionen zu fördern." Dies bezieht die Abgeordnete insbesondere auf die Schulschließungen, von denen in der Vergangenheit unter anderem Werbig und Niedergörsdorf betroffen waren und die auch der Oberschule in Dahme droht. Stattdessen, so der Ansatz der Linken, seien "unkonventionelle Formen" der Bildung und Kinderbetreuung nötig. Außerdem sollten öffentliche Leistungen "über mobilen Service und digitale Medien zu den Bürgern" gebracht werden.

Die Abwanderungsprämie geht auf eine wissenschaftliche Studie im Auftrag des Landtags zurück. Rechnerisch soll es demnach günstiger sein, Menschen den Fortzug aus der Peripherie zu bezahlen als für sie die nötige Infrastruktur zu bauen. MAZ 13.09.2007